

Pressestelle, Freitag, 14. August 2015

Wohnraum für Flüchtlinge

Die Wohnbau Mühlheim am Main GmbH ist als 100%-Tochter der Stadt Wohnungsdienstleister in Mühlheim am Main. Das Unternehmen betreut derzeit über 1.400 Mietobjekte und bietet damit mehr als 3.500 Menschen Lebensräume mit hoher Wohnqualität. Rund 1/3 aller Wohnungen sind öffentlich gefördert und weisen sozialverträgliche Mieten im Rahmen des Kosten-Mietprinzips auf. Darüber hinaus verwaltet sie weitere Wohnungen im Auftrag der Stadt und ist auch bei der gesamtgesellschaftlichen Herausforderung, der Unterbringung von Flüchtlingen, aktiv.

Nachdem der Kreis Offenbach im März 2014 seine Zuweisungs-Praxis geändert und die Kreiskommunen verpflichtet hat, Flüchtlinge aufzunehmen und selbst unterzubringen wurde dies innerhalb des Konzerns Stadt intensiv diskutiert und Lösungsmöglichkeiten erarbeitet. „Wir haben bereits im Mai 2014 unsere Strukturen innerhalb der Verwaltung neu ausgerichtet um klare Zuständigkeiten und kurze Wege sicherzustellen und gemeinsam mit der Wohnungsbaugesellschaft nach Unterbringungsmöglichkeiten gesucht.“ beschreibt Bürgermeister Daniel Tybussek die damaligen ersten Überlegungen.

Dadurch wurden auch die leer stehenden Wohnungen in der „In der Seewiese“ thematisiert, die eigentlich abgerissen werden sollten. Hinderlich für eine Weiterentwicklung war hierbei ein bestehender Generalplanervertrag, der auch das Grundstück „In der Seewiese“ beinhaltete und einer Klärung bedurfte.

„Für uns ist es selbstverständlich, uns im Rahmen unserer Geschäftsfelder bei Fragestellungen unserer Mutter Stadt Mühlheim einzubringen,“ so Wohnbau Geschäftsführer Ingo Kison. „Dabei war es uns wichtig, möglichst keine Bestandswohnungen aus dem Mühlheimer Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen, um die ohnehin schon große Nachfrage nach Wohnraum nicht zu belasten.“ Als Folge wurden die leer stehenden Wohnungen „In der Seewiese“ ertüchtigt und hergerichtet und bereits im ersten Halbjahr 2014 mit Flüchtlingen belegt. Die Zuschüsse des Kreises Offenbach decken dabei in etwa die Mietkosten der Stadt, die für eine Einnahme bei der Wohnbau sorgen.

„Ich danke Geschäftsführer Kison für seine sofortige Bereitschaft und schnelle Mitwirkung bei der Wohnraumbeschaffung. Nur deshalb konnten wir die Unterbringung beispielsweise in Hotels, die bei der Stadt erhebliche Mehrkosten verursacht hätten, umgehen.“ lobt Bürgermeister Daniel Tybussek das Engagement der Wohnbau.

Mittlerweile wohnen 60 Menschen in den Häusern „In der Seewiese“ und auch die vertragliche Situation mit dem Generalplaner hat sich einvernehmlich geklärt, was alte und neue Handlungsspielräume öffnet.

„Ursprünglich sollten hier rund 40 neue Wohnungen entstehen.“ verdeutlicht Kison ehemalige Überlegungen. Ein sozialer Mix mit barrierefreien Zugängen oder generationsübergreifenden Wohnformen waren erste Gedankenspiele, dem die jetzige wichtige Nutzung entgegensteht. „Um handlungsfähig zu werden müssen wir die Flüchtlinge in neuen Wohnraum bringen“, so Kison. Dadurch ist die Idee einer Umsiedlung entstanden.

Gemeinsam mit der Stadtverwaltung wurde nach alternativen Grundstücken gesucht, die eine notwendige Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel und Einkaufsmöglichkeiten aufweisen. Außerdem sollte das Grundstück in städtischem Besitz sein. „Das Grundstück in der Schillerstraße erfüllt diese Anforderungen.“ so Bürgermeister Tybussek.

Deshalb wurde von der Wohnbau eine erste Machbarkeit geprüft mit dem Ergebnis, hier rund 75 Flüchtlinge unterbringen zu können. Mit dem Umzug der 60 Menschen werden die Häuser "In der Seewiese" frei und dringend benötigter Wohnraum kann dort neu entstehen.

Bei der Machbarkeitsprüfung wurden Empfehlungen der Sozialverbände und Ausländerbeiräte aufgegriffen und umgesetzt. Die Wirtschaftlichkeit und eine zukünftig alternative Nutzungsmöglichkeit stehen für die Wohnungsbaugesellschaft dabei ebenfalls im Vordergrund. „Mit den Mieteinnahmen von der Stadt können wir die Finanzierung und mögliche Umbauten für beispielsweise studentisches Wohnen abdecken.“ so Ingo Kison. Im Gegenzug reichen die Zuschüsse des Kreises in etwa aus, um die Kosten der Stadt zu decken. „Aufgrund der gegebenen Wirtschaftlichkeit wird kein Mieter der Wohnbau durch diesen Neubau belastet – im Gegenteil: die Wohnbau ist so in der Lage, benötigten neuen Wohnraum zu schaffen.“ so Daniel Tybussek. Geschäftsführer und Bürgermeister betonen gemeinsam, dass es sich im jetzigen Status um Machbarkeiten und Überlegungen handelt. Erste grundsätzliche Beschlüsse wurden dazu gefasst, allerdings sind noch weitere Planungen und Übereinkünfte mit verschiedenen Behörden notwendig.